

E 86 - NR/XVII.GP.**E n t s c h l i e ß u n g****des Nationalrates vom 19. Oktober 1988****anläÙlich der Verhandlung des Berichtes****des Außenpolitischen Ausschusses über die Petition Nr. 27, überreicht
von der Abgeordneten Freda Blau-Meissner, betreffend Giftgasopfer in
Irakisch-Kurdistan (745 der Beilagen)**

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. den Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung auf das Schärfste zu verurteilen und eine eheste internationale Untersuchung der diesbezüglichen Berichte zu verlangen;
2. unter Berufung auf die Satzung der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die Einstellung aller völker- und menschenrechtswidrigen Maßnahmen gegen die Kurden zu verlangen

und den auf Grund dieser Maßnahmen ins Ausland Geflüchteten die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen und deren Sicherheit zu garantieren;

3. im Rahmen internationaler Organisationen die Schaffung eines Instrumentes anzuregen, durch das — ähnlich wie bei spaltbarem Material — die Erzeugung und Weitergabe von Giftgas und ähnlichen toxischen und bakteriologischen Waffen untersagt und deren Vernichtung einer strikten Kontrolle unterworfen wird.